

Wissenschaftler fordern Ende der Befristungspolitik

von Sebastian Raupach

Ein Ende der bisherigen Befristungspolitik an Wissenschaftseinrichtungen fordern tausende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einer aktuellen Petition an die Bundesregierung. Mit mehr als 20.000 Unterschriften innerhalb von vier Monaten ist die Online-Petition „Perspektive statt Befristung“ bereits die bisher größte zur Situation an Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Zentrale Forderung der Initiative ist die Einrichtung fester Stellen für das nicht-wissenschaftliche und das wissenschaftliche Personal. Hierfür mahnt sie eine Änderung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes an, sowie eine Reform der Forschungsförderung.

Hintergrund der Forderungen ist die derzeitige Beschäftigungssituation an wissenschaftlichen Einrichtungen. Sie ist geprägt durch einen hohen Anteil befristeter Verträge, oft kurze Vertragslaufzeiten und fortwährende Befristungen ohne Aussicht auf einen festen Arbeitsvertrag.

Insbesondere an außerhochschulischen Forschungseinrichtungen ist dabei neben dem wissenschaftlichen auch das nicht-wissenschaftliche Personal betroffen. So haben beispielsweise am Berliner „Max Delbrück Centrum für molekulare Medizin“ (Helmholtz-Gemeinschaft) laut aktuellem Jahresbericht 46% der technischen Assistenten nur einen Zeitvertrag. Unter den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sind es sogar 80%, die lediglich mit einem befristeten Vertrag arbeiten – ohne Einberechnung der Doktoranden.

Die derzeitige Situation schadet dem deutschen Wissenschaftssystem oft auch im internationalen Vergleich: Mehr als tausend Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Petition geben an, aus dem Ausland unterschrieben zu haben.

Dort finden deutsche Wissenschaftler oftmals stabilere Beschäftigungsverhältnisse vor, sowie bessere Aussichten auf eine feste Stelle, als in ihrer Heimat: „Die besten deutschen Wissenschaftler in vielen Wissenschaftsgebieten sind nun im Ausland; Drittmittel des European Research Council gehen vor allem an Deutsche in Großbritannien. Es ist einfach, sie wegzulocken: Wenn sie äusserst wertvoll sind - beste Publikationen, beste Drittmittel - bieten wir ihnen feste Stellen und Unabhängigkeit an, während sie sich in Deutschland noch von einem zum anderen abhängigen Zeitvertrag hangeln.“ kommentiert Neurowissenschaftler Professor Lars Muckli von der Universität Glasgow die Situation.

Rückkehrer sind konfrontiert mit den Folgen der fortdauernden Fehlsteuerung: hohe Befristungsanteile an Hochschulen und Forschungseinrichtungen, oft kurze Vertragslaufzeiten und ein dramatischer Mangel an unbefristeten Stellen. Zum Stolperstein wird zudem für manche die sogenannte „12-Jahres-Regel“, eigentlich gedacht als Schutz vor fortwährender Befristung.

Die Online-Kommentare zu der von einem Physiker aus Niedersachsen gestarteten Petition zeichnen ein ungeschöntes Bild der Situation an der wissenschaftlichen Basis:

„Die Lebensperspektive ist ein zerbrochener Splitterhaufen...“ - „Die Befristungen schaden arbeitgebender und arbeitnehmender Partei gleichermaßen.“ - „Dieses Gesetz befördert auch gute Wissenschaftler spätestens im Alter von Mitte 40 ... aus diesem System.“ - „Als Institutsleiter fehlt mir die Konsistenz der Arbeit ...“ - „Teure Hi-Tech verstaubt in den Laboren und für Personal ist kein Geld da.“ - „Die Wartezeiten bis zu den Projektgenehmigungen haben mich manchmal bis zu 'Hartz IV' gebracht ...“ - „Ich wurde gerade ... nach 12 Jahren nach Ablauf des Vertrags auf die Straße gesetzt.“ - „Leider haben wir den Fehler gemacht, 2002 nach Deutschland zurückzukehren.“ - „...ich als Chefin täglich mit dem Wahnsinn der Befristungsregelung kämpfen muss.“ - „Das

ständige Befristen zerstört die produktive ... Forschung.“ - „...bin ich 16 Jahre als wissenschaftlicher Mitarbeiter ... angestellt - stets über befristete Verträge.“ - „Es besteht Personalbedarf, und es steht Personal zur Verfügung. Trotzdem werden die bereits im System vorhandenen Geldmittel nicht dazu verwendet, Stellen einzurichten.“ - dies sind Ausschnitte aus nur einigen der mehr als tausend Kommentare, in denen die Betroffenen ihre Erfahrungen schildern.

Am 13. Mai hat die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) schließlich mit einer Empfehlung zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses auf die Situation reagiert. Darin fordert sie die Einrichtung fester Stellen auch ausserhalb der Professur. Nun ist der Gesetzgeber in der Verantwortung: Nur er kann nachhaltig sicherstellen, dass solche und andere Ansätze zur Lösung der Befristungskrise nicht im Mahlwerk der Politik zerrieben werden.

Mit der im Koalitionsvertrag vereinbarten Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes muss das Parlament parteiübergreifend Bestrebungen wie denen der HRK das notwendige Rüstzeug an die Hand geben, um sich in der Tagespolitik durchzusetzen. Ein Baustein könnte die in der Petition „Perspektive statt Befristung“ vorgeschlagene Deckelung des Befristungsanteils sein, bei der auch das nicht-wissenschaftliche Personal nicht vergessen werden darf.

weitere Informationen: www.perspektive-statt-befristung.de

Link zur Petition: <https://www.openpetition.de/petition/online/perspektive-statt-befristung-fuer-mehr-feste-arbeitsplaetze-im-wissenschaftsbereich>

Kontakt: Dr. Sebastian Raupach (presse@perspektive-statt-befristung.de)